

## **Biometrische Erstellung des Wahlregisters**

Nach der Annahme der neuen Staatsverfassung durch das Volk, am 25. Januar diesen Jahres, mussten Neuwahlen ausgeschrieben werden, um das Präsidenten- und Vizepräsidentenamt, aber auch das Parlament auf der Grundlage des erarbeiteten Sozialpaktes neu zu bestellen. Festgelegt wurden damals die Wahlen auf den 6. Dezember 2009, im Bewusstsein, dass die Zeit sehr kurz und die Herausforderungen ausgesprochen gross sein würden.

Es ging nämlich darum, das Wahlregister völlig neu aufzubauen und mit den modernsten Mitteln Wahlbetrug schon in der Erfassung der Wählerinnen und Wähler zu verhindern. Die Opposition hat dies schon seit geraumer Zeit gefordert, da sie immer wieder Ungereimtheiten bei den Abstimmungen festzustellen meinte. Die Regierung hat diesem Ansinnen stattgegeben und einen Prozess der biometrischen Erfassung aller Wahlberechtigten veranlasst, ein Unternehmen, das nicht nur sehr kostspielig, sondern auch ausgesprochen zeitaufwändig und kompliziert ist.

Man muss sich nur die Distanzen vorstellen in einem Land, das 25 Mal so gross ist wie die Schweiz und wo die Verkehrsverbindungen ausgesprochen schlecht sind. Zudem gibt es in den ländlichen Gegenden nicht mal Strom, um die Spitzentechnologie der biometrischen Erfassung mit Energie zu speisen, sodass ein Generator gleich mitgeliefert werden muss. Aber neben diesen eher „technischen“ Schwierigkeiten ergaben sich viele unvorhergesehene menschliche Probleme, die irgendwie gelöst werden mussten.

So war es zum Teil für abgehärtete und runzlige Hände von älteren Menschen vom Land praktisch unmöglich, die Fingerabdrücke zu erfassen, oder aber meinten einzelne Funktionäre, dass sich Personen über 70 nicht erfassen lassen müssten, weil für diese keine Wahlpflicht bestünde. Und nicht zuletzt besitzen viele Menschen keine Identitätspapiere, weil ihre Geburt nie registriert worden ist, oder sie weil die bestehenden Papiere schlicht verloren haben.

Die Zeit für die biometrische Erfassung – durch das Einscannen der Iris und der Fingerabdrücke, sowie einer Portraitaufnahme – war ausgesprochen kurz bemessen, nämlich ganze zwei Monate, von Mitte August bis Mitte Oktober diesen Jahres. Was für die Opposition im Vorfeld als ein „unmögliches Wunder“ betrachtet wurde, sodass diese den Wahltermin schon im Frühjahr auf 2010 verschieben wollte, hat sich als unerwarteter und grosser Erfolg herausgestellt.

Inzwischen sind mehr als 5 Millionen Bolivianerinnen und Bolivianer erfasst worden, was bei einer Gesamtbevölkerung von rund 9 Millionen und einem grossen Prozentsatz von Kindern und Jugendlichen eine Erfassungsquote von weit über 90% darstellt. Man rechnete zuerst mit 3,5 Millionen, aber das Interesse der Wahlberechtigten erwies sich als derart gross, dass dieses Ziel bei weitem übertroffen wurde. Und dies bedeutet doch auch, dass die Menschen sich dafür interessieren, beim eingeleiteten Veränderungsprozess ein Wörtchen mitreden zu wollen.

Natürlich spielt auch der Faktor der obligatorischen Erfassung und der Wahlpflicht eine Rolle. Nach Abschluss der biometrischen Erfassung konnte man am Bankschalter nur noch Geschäfte tätigen, wenn man eine Kopie dieser Registrierung vorweisen konnte. Ich selber wurde auch darum gebeten, aber als AusländerInnen werden wir eben nicht erfasst und brauchen wir uns auch nicht entsprechend auszuweisen.

## **Bolivien im Wahlfieber**

Bei den Wahlen vom 6. Dezember geht es also um die Wahl des Staatspräsidenten und dessen Stellvertreter (Vizepräsident), sowie der neuen „plurinationalen gesetzgebenden Versammlung“, wie das Parlament in der neuen Staatsverfassung definiert wird. Der amtierende Präsident Evo Morales Ayma und sein Vize Álvaro García Linera können sich einmalig zur Wiederwahl stellen und bei einer Annahme durchs Volk für weitere fünf Jahre im Amt bleiben.

Inzwischen haben sich insgesamt acht Kandidatenpaare (für Präsident und Vizepräsident) eingeschrieben, darunter eben auch die beiden erwähnten amtierenden Staatsdiener. Das Karussell von politischen Gruppierungen, möglichen und unmöglichen Kandidaturen beginnt sich zu drehen, und fast täglich gibt es Überraschungen. Die Opposition konnte sich nicht auf eine einheitliche Kandidatur einigen und befindet sich in einem Zustand von Verzettlung und oftmals offener gegenseitiger Bekämpfung.

Unter den KandidatInnen für die beiden höchsten Ämter der Exekutive befindet sich eine einzige Frau, die zudem weitgehend unbekannt ist. Des Weiteren gibt es einige „rezyklierte Politiker“, wie man diese hier zu

bezeichnen pflegt, also Männer und Frauen, die in früheren Regierungen oder als Präfekten amtiert haben und ihr Glück jetzt wiederum für das Staatspräsidentenamt suchen.

Der Bekannteste ist Manfred Reyes, ehemaliger Präfekt von Cochabamba, der aber vom Volk vor anderthalb Jahren wegen Korruptionsverdacht, sowie Veruntreuung und Verschwendung öffentlicher Gelder abgewählt wurde, und der unter der Diktatur Gacía Mezas und der früheren Regierung von Gonzalo Sánchez de Lozada – der 2003 vom Volk aus dem Land gejagt wurde – eine wichtige Position einnahm. Dazu kommt noch, dass Manfred Reyes den zurzeit im Gefängnis einsitzenden Ex-Präfekten des Departements Pando, Leopoldo Fernández, als Kandidaten für das Vizepräsidentenamt erkoren hat. Fernández wird des „Völkermords“ angeklagt, weil er das vor rund einem Jahr an indigenen Bauern verübte Massaker (16 Tote und noch immer über 30 Verschwundene) auf dem Gewissen haben soll.

Der Opposition fehlt es bisher an einem Programm, das sich wesentlich vom bestehenden Regierungsprogramm unterscheidet und das sich klar vom neoliberalen Kurs der neunziger Jahre unterscheidet. Deshalb wird vor allem mit der Kritik an der jetzigen Regierung Politik gemacht und versucht man, die Mittelschicht und die Intellektuellen zu gewinnen, die von den Versprechen von Evo Morales enttäuscht sind.

Allerdings gibt es im Block der Opposition viele Risse und Brüche. Santa Cruz, das bisherige Bollwerk des Widerstandes gegen die indigene Regierung und dessen Politik der Verstaatlichung von Bodenschätzen und Dienstleistungen, bildet schon lange nicht mehr eine einheitliche Front und hat sich durch verschiedene Ereignisse in der letzten Zeit selber geschadet. Einzelne Amtsträger stehen unter Verdacht, terroristische Gruppierungen unterstützt oder zumindest geduldet zu haben, neben den vielen Anschuldigungen von Korruption und Vetternwirtschaft.

Das Volk hat seine Angst weitgehend verloren und getraut sich immer mehr, trotz den Einschüchterungen und Drohungen seine Stimme verlauten zu lassen. Zwar behält die Elite nach wie vor die wirtschaftliche Macht und den Einfluss über die wichtigsten Massenmedien (90% von Fernsehsendern und Tageszeitungen befinden sich in Händen der Opposition), aber das kritische Bewusstsein unter den Leuten hat zugenommen.

## **Und nach dem 6. Dezember?**

Eigentlich zweifelt niemand daran, dass Evo Morales am 6. Dezember wiedergewählt wird, auch gibt man dies natürlich öffentlich nicht zu. Die Frage ist nur, ob er es schon im ersten Wahlgang schafft – dafür ist die absolute Mehrheit nötig – oder noch einen zweiten Wahlgang braucht, und mit welchem Prozentsatz er gewählt werden wird. Vor vier Jahren schaffte er es mit über 54% im ersten Wahlgang, und jetzt sprechen seine Anhänger von einem Sieg mit einer Zweidrittelmehrheit.

Die eigentliche Spannung aber besteht bezüglich der Bestellung des Parlaments, und zwar vor allem des Senats (zu vergleichen mit dem Ständerat in der Schweiz), der bislang praktisch alle Gesetze der Regierung abschmettern konnte, da er noch in den Händen der Opposition war und vor der neuen Regierung gewählt worden war. Aufgrund der neuen Staatsverfassung ist der Senat von 36 SenatorInnen, also vier pro Departement, zusammengesetzt.

Die Regierungspartei MAS (*Movimiento al Socialismo*: „Bewegung für den Sozialismus“) hofft natürlich, dass sich die Machtverhältnisse auch in der zweiten Kammer (Senat) zu ihren Gunsten wenden wird. Um die neue Staatsverfassung durch entsprechende Gesetze umzusetzen, braucht die Regierung eine Mehrheit in beiden Kammern (die Abgeordnetenversammlung oder der Kongress umfasst 130 Mitglieder, die nach einem komplizierten Schlüssel von Proporz und indigenen Sitzen gewählt werden), und in den letzten Monaten gibt es einen regelrechten „Gesetzesstau“, weil die Opposition die Umsetzung der vom Volk gutgeheissenen Staatsverfassung systematisch boykottiert.

Deshalb geht es beim Wahlkampf eigentlich um die Frage, ob der vor vier Jahren begonnene Veränderungsprozess auch weitergeführt werden kann, ob es eine Kehrtwendung aufgrund eines Sieges der Rechten geben wird (was niemand erwartet) oder ob das so genannte „katastrophale Unentschieden“ bestehen bleibt, das jede wirkliche Reform verhindert und auf die Dauer zu Abnutzungerscheinungen und Frustrationen führen wird, die wiederum in Volksaufständen, Blockaden und unaufhörlichen Demonstrationen ausufern könnten.

Die Opposition setzt natürlich auf das letzte Szenario, weil ein Sieg in der Regierung und im Parlament im Augenblick nicht in Reichweite liegt. Durch diese Abnutzungstaktik hofft sie, dass die Regierung beim Volk

in Diskredit kommt und dass sich das Blatt zu ihren Gunsten wendet. Die wirtschaftlichen und politischen Opfer der vorwiegend armen Bevölkerung nimmt sie dabei in Kauf.

Die Regierungspartei dagegen setzt alle Karten auf eine Mehrheit in Kongress und Senat, um die neue Staatsverfassung umsetzen und somit das seit vier Jahren in Ansätzen verwirklichte Programm vollumfänglich verwirklichen zu können. Dazu gehören die noch immer nicht gelöste Landfrage, ein in der Schublade liegendes Bildungskonzept, die Industrialisierung der Bodenschätze und natürlich die Autonomiefrage, die von der Opposition verfassungswidrig in Referenden vorschnell zu ihren Gunsten entschieden worden ist.

Am 6. Dezember wird daher in den fünf Departementen (La Paz, Cochabamba, Oruro, Potosi und Chuquisaca), die kein (verfassungswidriges) Referendum zur Autonomiefrage abgehalten haben, den Stimmberechtigten auch die Frage der departementalen Autonomie vorgelegt. Die anderen vier Departemente müssen ihre Statuten an die neue Staatsverfassung anpassen, was bisher weitgehend abgelehnt wurde.

Und schliesslich stehen im April 2010 Präfekten- und Bürgermeisterwahlen an, sicherlich ein weiterer Test für die Regierung, vor allem in den Departementen im Osten des Landes, die mit dem Kurs nicht einverstanden sind.